

371 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVI. GP

Regierungsvorlage

**Bundesgesetz vom XXXXX 1984 über
die Änderung des Bundesgesetzes BGBL.
Nr. 638/1982, mit dem das Arbeitsmarktför-
derungsgesetz und das Arbeitslosenversiche-
rungsgesetz 1977 geändert werden**

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I

Das Bundesgesetz BGBL. Nr. 638/1982, mit dem
das Arbeitsmarktförderungsgesetz und das Arbeits-

losenversicherungsgesetz 1977 geändert werden,
wird wie folgt geändert:

In Art. III Abs. 2 wird der Ausdruck
„31. Dezember 1984“ durch „31. Dezember 1987“
ersetzt.

Artikel II

Die Vollziehung dieses Bundesgesetzes richtet
sich nach Art. III Abs. 3 des Bundesgesetzes BGBL.
Nr. 638/1982.

VORBLATT**Problem:**

Zur weiteren Stabilisierung der Arbeitsmarktlage und der Erreichung eines möglichst hohen Beschäftigungs niveaus ist es notwendig, die zur Ergänzung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen geschaffenen besonderen Förderungsinstrumente zur Erhaltung und Sanierung von regionalpolitisch bedeutsamen Betrieben beizubehalten.

Ziel:

Die Geltungsdauer der mit Novelle BGBl. Nr. 638/1982 in das Arbeitsmarktförderungsgesetz (AMFG) eingefügten §§ 39 a und 39 b soll zur notwendigen Fortsetzung der Förderungsmaßnahmen zur Lösung von Beschäftigungsproblemen mit besonderer volkswirtschaftlicher Bedeutung auf weitere drei Jahre bis Ende 1987 verlängert werden.

Alternativen:

Keine.

Kosten:

Nach dem Bundesvoranschlag 1984 waren für diese Förderungsmaßnahmen 400 Millionen Schilling mit einer Überschreitungsermächtigung von 150 Millionen Schilling vorgesehen. Der künftige Aufwand wird von der zu erwartenden Entwicklung des Arbeitsmarktes abhängen.

Erläuterungen

Mit dem Bundesgesetz BGBl. Nr. 638/1982 wurden mit Wirksamkeit ab 1. Jänner 1983 dem Arbeitsmarktförderungsgesetz (AMFG), BGBl. Nr. 31/1969, die §§ 39 a und 39 b als materiell-rechtliche Grundlage der Gewährung von Förderungen zur Lösung von Beschäftigungsproblemen mit besonderer volkswirtschaftlicher Bedeutung eingefügt. Die damalige konjunkturelle Lage machte die rasche Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln zur Sicherung von Arbeitsplätzen, und zwar in höherem Maß als von den sonstigen Bestimmungen des Arbeitsmarktförderungsgesetzes zur betrieblichen Förderung vorgesehen, notwendig.

Im Verlauf der bisherigen Geltung dieser Bestimmung wurde durch Förderungen der Bestand einiger gefährdeter Betriebe gesichert und somit die Weiterbeschäftigung von einer großen Anzahl von Arbeitskräften ermöglicht. Über die Verhinderung von Arbeitslosigkeit in einer Vielzahl von Einzelfällen hinaus konnten schwere volkswirtschaftliche Nachteile, so insbesondere die weitergehenden Folgen von Kündigungen von Arbeitnehmern größeren Stils, auf das wirtschaftliche Gefüge der betreffenden Region hintangehalten werden. Die hohen sozialen Kosten der Arbeitslosigkeit wurden somit vermieden.

Zur Zeit der Erlassung der §§ 39 a und 39 b AMFG zur Jahreswende 1982/1983 stand die Notwendigkeit im Vordergrund, durch einen einmaligen Beitrag in ihrem Bestand gefährdete Betriebe zu sanieren. Primär war beabsichtigt, im Sinne der damals absehbaren wirtschaftlichen und arbeitsmarktmäßigen Entwicklung, einen unmittelbaren Anstoß zur Konjunkturbelebung ohne tiefgreifende strukturelle Änderungen, die in der damaligen Situation Arbeitsplätze gefährdet hätten, zu geben. Die Geltungsdauer der Bestimmungen wurde daher mit 31. Dezember 1984 befristet.

Die Erreichung des beabsichtigten konjunkturpolitischen Zwecks zeichnet sich nach dem Inhalt der letzten Prognosen ab, wonach sich die Antriebskräfte der österreichischen Konjunktur verstärkt haben und der Aufschwung anhalten wird. Es ist aber gleichzeitig damit zu rechnen, daß dieser konjunkturelle Aufschwung seine Auswir-

kung auf die Beschäftigung nur in Verbindung mit strukturpolitischen Begleitmaßnahmen zeigen kann. Nicht nur die unmittelbare Sanierung von beschäftigungspolitisch wichtigen Großbetrieben — zu welcher das Instrumentarium nach den §§ 39 a und 39 b des AMFG bisher primär eingesetzt wurde — sichert im konjunkturellen Aufschwung die Beschäftigung, sondern auch die Umstrukturierung im Sinne der nunmehr gegebenen Erfordernisse des Weltmarktes.

Auf dem Hintergrund der Prognosen des österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung und des Instituts für Höhere Studien ist es erforderlich, die konjunkturelle Belebung durch selektive Förderungsmaßnahmen zu unterstützen und dabei die Anpassung der Betriebe an geänderte strukturelle Bedingungen, die eine Voraussetzung für die längerfristige Stabilisierung der Beschäftigungsentwicklung darstellt, zu fördern.

Es stellt sich daher der Arbeitsmarktverwaltung im Lichte dieser Prognose die Aufgabe, aufbauend auf die bisherigen Sanierungsmaßnahmen durch Investitionsförderung größerer Ausmaßes die Beschäftigung im Konjunkturaufschwung auf längere Sicht zu sichern. Bei der Beurteilung des auf den §§ 39 a und 39 b AMFG fußenden Instruments und seiner Finanzierung ist in besonderem Maße zu berücksichtigen, daß es sich bei den Förderungsfällen, auf die diese Bestimmungen angewendet werden, um die Erhaltung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen in Betrieben handelt, die wegen ihrer Größe oder regionalpolitischen Bedeutung weit über den arbeitsmarktpolitischen Aspekt hinaus von besonderem gesamtwirtschaftlichen Gewicht sind. Die zusätzliche Beschäftigung von Arbeitskräften hat in diesen Fällen nicht nur zur Folge, daß sich beispielsweise auch in den Zulieferbetrieben die Lage stabilisiert, sondern auch daß die Steigerung der Konsumausgaben eine weitere Nachfrage in den regional abhängigen Betrieben und Dienstleistungsbereichen bewirkt.

Über diese Multiplikation des ursprünglichen Beschäftigungsimpulses hinaus verbessert sich auch die Gebarung der öffentlichen Haushalte und Gebietskörperschaften, indem ein höheres Aufkom-

men an Sozialversicherungsbeiträgen und Steuern mit einer Verringerung der Aufwendungen für Leistungen bei Arbeitslosigkeit einhergeht. Insgesamt verbessert sich so die ökonomische Lage der jeweiligen Standortregion oder der Gesamtwirtschaft.

Für das Jahr 1984 sind nach dem Bundesvoranschlag für Förderungen nach § 39 a AMFG 400 Millionen Schilling mit einer Überschreitungsermächtigung von weiteren 150 Millionen Schilling vorgesehen. Der künftige finanzielle Aufwand wird

im wesentlichen von der zu erwartenden Entwicklung des Arbeitsmarktes abhängen.

Die in den Schlußbestimmungen der Novelle zum AMFG, BGBl. Nr. 638/1982, enthaltene, somit nicht in das Stammgesetz eingefügte Befreiung der Geltungsdauer mit 31. Dezember 1984 der dem AMFG eingefügten materiellen Bestimmungen der §§ 39 a und 39 b wäre daher bis 31. Dezember 1987 im Hinblick auf die positiven Erfahrungen zu verlängern.